Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatl. 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.85 ℳ.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieehbar, kostet monatl. 10 ₰, ¼jährl. 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6645.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 15. Halle a. S., Mittwoch den 18. Januar 1893. 4. Jahrg.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag begann am Montag die erste Beratung der Branntweinsteuervorlage. Aus der einleitenden Rede des Schatzsekretärs v. Maltzahn ist nur der Passus hervorzuheben, in welchem er sich gegen eine irrtümliche Auslegung der von ihm bei der Beratung der Brausteuernovelle gebrauchten Redewendung über eine „Steuerreform im großen Stile" verwahrte. Die Besorgnis, daß das vorliegende Steuerbouquet ein anderes zur Folge haben werde, erklärte er als unbegründet. — Die Ausführungen des nationalliberalen Abg. Siegle ließen einen bestimmten Standpunkt der Vorlage gegenüber nicht erkennen. — Gegen die Vorlage wandte sich darauf der freisinnige Abg. Witte. Er bemühte sich nicht ohne Erfolg, die Nutzlosigkeit des Schnapsbrennergewerbes darzuthun. Nach dem nicht weniger als drei Regierungsvertreter zur Sache gesprochen, sprach namens der Sozialdemokraten Abg. Wurm, der in einer trefflichen Rede die wirtschaftlichen Ursachen und Folgen der Fuselproduktion ins gehörige Licht rückte. Wurm verlangte besonders auch, daß der systematischen Vergiftung jener Arbeiter, welche genötigt sind, den sogen. denaturierten Spiritus beruflich zu verarbeiten, gesteuert werde. Die Debatte konnte heute nicht zu Ende geführt werden und wird dieselbe morgen fortgeführt werden. — Vorher steht noch die Interpellation Brömel, betreffend das amtliche Warenverzeichnis, auf der Tagesordnung.

Der Kultusminister Dr. Bosse und der Religionsunterricht der Dissidentenkinder. Bei Gelegenheit der Beratung des später fallen gelassenen Volksschulgesetzentwurfes im preußischen Landtage erklärte der Kultusminister Doktor Bosse, daß er keine Veranlassung habe, dem Erlasse seines Vorgängers v. Zedlitz, betr. den Besuch des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder näher zu treten, so lange nicht die Frage in positiver Gestalt an ihn herantrete.

Für den Viktualienhändler Karl Emmrich in Halle war dies die direkte Veranlassung, sich beschwerdeführend an den Herrn Kultusminister zu wenden, da er trotz seiner Eigenschaft als Dissident auf sein Gesuch, seine Kinder vom Religionsbesuch zu entbinden, vom Kreisschulausschuß ablehnend beschieden worden war. Dem Beschwerdeführer ist nun folgendes Schreiben zugegangen:

Ministerium
der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten.

Berlin, den 6. Januar 1893.

Auf die Vorstellung vom 25. Juni v. J. wegen Befreiung der Kinder der sogenannten Dissidenten vom Religionsunterricht erwidere ich Ihnen, daß ich zu einer Aufhebung des Ministerial-Erlasses vom 16. Jan. v. J. (Zentr. Bl. f. d. ges. U. V., S. 435) auch nach wiederholter eingehender rechtlicher Prüfung keinen Anlaß finde, daß ich vielmehr die gerichtliche Entscheidung der Rechtsfrage abwarten werde.

Bosse.

An Herrn Karl Emmrich
zu Halle.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die Gerichte sich gegen den Zedlitzschen Erlaß aussprechen werden. In Halle wird am 23. Januar vor dem Schöffengericht eine erste Entscheidung fallen.

Meineid und Sozialdemokratie. Die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Meineid hat vor dem Gerichtshof in Breslau abermals zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Verteidiger geführt. In einem Beleidigungsprozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Thiel bemerkte Staatsanwalt Keil, daß die Zeugen Thiels — es handelte sich um Aussagen über Inkorrektheiten eines Schutzmannes — den von ihnen zu bekundeten Vorfall durch die sozialdemokratische Parteibrille ansehen, und er daher auch deren beschworenen Aussagen keinen vollen Glauben beimesse. Gegen diese Herabsetzung der Glaubwürdigkeit wegen der Parteistellung legte der Verteidiger entschiedene Verwahrung mit ungemein scharf verurteilenden Worten ein. — Jede anständige Zeitung hat von vornherein diese Vermengung der Politik mit der Rechtspflege verurteilt und wir können diese Verurteilung nur wiederholen. Es wäre sehr an der Zeit, wenn die vorgesetzten Behörden endlich einmal selbst zu der Frage Stellung nähmen und den übereifrigen Herren Staatsanwälten das Handwerk legten.

Die Pariser Sozialisten haben einen **neuen Aufruf** veröffentlicht, unterzeichnet von Cluseret, Lafargue, Millerand u. s. w., worin es u. a. heißt: „Wie alle Regierungen, die seit einem Jahrhundert die Klassen- und Schmarotzerherrschaft vertraten, versinkt jetzt der Opportunismus in dem Blut von Fourmies und im Schlamm von Panama und droht, in seinen Fall Vaterland und Republik mitzureißen. Werden wir unthätig diesem Untergang zusehen und dem offenen oder verkleideten Rückschritt gestatten, inmitten der Müdigkeit und des Ekels des Volkes zur Regierung zurückzukommen? Das Heil kann nur von Euch kommen, Arbeiter! Auf, werft die Diebe und Bankbrüchigen hinaus, befreit Euch und die Republik durch die Wahl einer grundgesetzgebenden Versammlung, Eure Waffe sei der Stimmzettel!"

Das Initiativbegehren betr. Recht auf Arbeit, für welches soeben in der Schweiz die Unterschriftensammlung eröffnet wird, lautet wie folgt:

Die unterzeichneten Schweizerbürger stellen gemäß Art. 121 der Bundesverfassung und dem Bundesgesetz vom 27. Januar 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen betr. Revision der Bundesverfassung das Begehren um Volksabstimmung über den Antrag, es sei folgender neuer Artikel der Bundesverfassung einzuverleiben:

Das Recht auf ausreichend lohnende Arbeit ist jedem Schweizerbürger gewährleistet. Die Gesetzgebung des Bundes hat diesem Grundsatz unter Mitwirkung der Kantone und der Gemeinden in jeder möglichen Weise praktische Geltung zu verschaffen.

Insbesondere sollen Bestimmungen getroffen werden:

1. zum Zwecke genügender Fürsorge für Arbeitsgelegenheit, namentlich durch eine auf möglichst viele Gewerbe und Berufe sich erstreckende Verkürzung der Arbeitszeit;
2. für wirksamen und unentgeltlichen öffentlichen Arbeitsnachweis, gestützt auf die Fachorganisationen der Arbeiter;
3. für Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung und Arbeitsentziehung;
4. für sichere und ausreichende Unterstützung unverschuldet ganz oder teilweise Arbeitsloser, sei es auf dem Wege der öffentlichen Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, sei es durch Unterstützung privater Versicherungsinstitute der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln;
5. für praktischen Schutz der Vereinsfreiheit, insbesondere für ungehinderte Bildung von Arbeiterverbänden zur Wahrung der Interessen der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für angehinderten Beitritt zu solchen Verbänden;
6. für Begründung und Sicherung einer öffentlichen Rechtsstellung der Arbeiter gegenüber ihren Arbeitgebern und für demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken und ähnlichen Geschäften, vorab des Staates und der Gemeinden.

— Der ehemalige Hauptmann Miller versucht eine ausführliche Erklärung, in welcher er die Möglichkeit zugiebt, daß er bezw. sein Gewährsmann mit den angeblichen Welfenfonds-Quittungen düpiert worden sei.

— Pater Aurelian, der Teufelsaustreiber von Wemding, ist nicht gestorben, aber bedenklich erkrankt.

Aus dem Ruhrgebiet, 16. Januar. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Schröder, wurde heute verhaftet.

Mannheim, 16. Januar. Wie die „Neue Badische Landeszeitung" meldet, ist der ehemalige Sozialistenführer Häusler, welcher nach Unterschlagung bedeutender Gelder nach Chicago flob, ausgeliefert worden und hier eingetroffen.

Liegnitz, 16. Januar. Der freisinnige Kandidat Wecker hat den Rücktritt von seiner Kandidatur „wegen unedler Kampfesweise der Gegenpartei" erklärt.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Frhr. v. Berlepsch.

Die Besprechung der Interpellation Auer-Singer und Genossen betreffend Notstands-Maßnahmen wird fortgesetzt.

Abg. Hitze (Zentr.): Bis heute ist mir noch nicht klar geworden, welches eigentlich der praktische Zweck der Interpellation ist. Die Reden, die wir gehört haben, hätten ebensogut bei anderen Gelegenheiten gehalten werden können. Daß in verschiedenen Zweigen der Industrie ein Notstand herrscht, wird von keiner Seite bestritten. Aber die Interpellanten haben es an jedem praktisch durchführbaren Vorschlage fehlen lassen. Sie haben auch am wenigsten Ursache, Anklagen wegen des Notstandes zu erheben. Herr Liebknecht hat daher durch seine Begründung seine Position nicht befestigt. Insbesondere war die Heranziehung des Bergarbeiterstreiks unglücklich. Dieser Streik spricht mehr als alles Andere gegen die Interpellanten. Staat und Gemeinden haben überall im Lande sich bestrebt, soweit es in ihren Kräften steht, dem Notstande abzuhelfen. Wir billigen es, daß man dem Notstande anstatt durch Almosen durch Gewährung von Arbeitsgelegenheit vor-

---

15]

Folly Morrison.

Roman von Frank Barett.

Autorisierte Uebersetzung von A. Geisel.

(Fortsetzung.)

[Nachdruck verboten.]

Follys äußere Erscheinung war seltsam genug. In ein verwaschenes, steifgestärktes, helles Kattunkleid gehüllt, dessen Saum knapp bis zu den Knöcheln reichte und die in schwarzbaumwollenen Strümpfen steckenden Beine, sowie die schiefgetretenen Schuhe sehen ließ; über dem Kattunkleid ein ausgewachsenes Jäckchen, auf dem Kopf einen alten dunklen Strohhut mit gebrochener Feder und ein Paar baumwollener Handschuhe an den schmalen Händen — so sah das jetzt fünfzehnjährige Mädchen damals aus — zu groß für ein Kind, zu kindlich für ein Weib.

Als sie die elegant gekleideten Kinder aus dem Wagen steigen sah, zögerte sie und schaute ihnen nach, und als sie wahrnahm, daß ein schon ziemlich großes Mädchen die Spitzenmantille fester um die Schultern zog, zupfte sie schnell ihr verwachsenes Jäckchen zurecht — selbst in Lumpen huldigte Folly der Mode.

Ob Folly, als sie die geputzten Kinder erblickte, daran dachte, daß sie selbst es einst ebenso gut gehabt wie diese — daß sie der Augapfel der Pflegeeltern gewesen und sich damals vollkommen glücklich gefühlt? . . Nein, weit entfernt davon. Folly gedachte nicht der Vergangenheit, sie träumte nur von der Zukunft, einer reichen glänzenden Zukunft, und sie hatte das Bewußtsein, daß sie all diesen anscheinend so wohlsituierten Kindern überlegen sei — daß sie konnte, was diese nie lernen würden! Sie bewunderte niemand, beneidete niemand — sie war nach London gekommen, um sich bewundern und beneiden zu lassen, und wie die Menge sich heute ins Theater drängte, um das vielgerühmte Stück zu sehen, so würde diese Menge sich dereinst auch hierein drängen, um ihre, Follys Leistungen zu bejubeln! . .

Einstweilen freilich gab es noch eine recht schwierige Frage zu lösen — an wen mußte sie sich wenden, um ein Engagement zu erhalten? Hier im Vestibül war ein beständiges Hasten und Drängen, Kommen und Gehen, und mehr als einmal geriet Folly in Gefahr, ihren alten Hut einzubüßen. Eben war sie damit beschäftigt, dessen losgegangene Feder mit einer Stecknadel wieder zu befestigen, als ein Polizist auf sie zukam und barsch sagte:

„Was thust Du denn hier im Eingang — Du versperrst ja den Leuten den Platz!" und bevor sie ein Wort der Erwiderung fand, hatte der Mann sie am Arme gefaßt und hinaus auf den freien Platz geschoben.

Eine Weile blieb Folly draußen stehen. Als sich indes das Gedränge verlaufen hatte und auch der Polizist verschwunden war, näherte sie sich nochmals dem Vestibül und spähte durch die Thüre. Sie sah einen Herrn, der über dem eleganten Frack einen Pelzmantel trug, an der Kasse stehen und eifrig mit dem alten Kassierer sprechen; augenblicklich befand sich niemand weiter im Vestibül und so schlüpfte Folly hastig durch die nur angelehnte Thüre und näherte sich dem Herrn mit der Frage:

„Ich bitte um Entschuldigung, mein Herr, sind Sie der Besitzer dieses Theaters?"

Der Angeredete nickte lächelnd — er war der zeitweilige Direktor und fühlte sich als solcher höchst wichtig.

„O das ist mir lieb — ich möchte auf Ihrer Bühne tanzen, Herr!"

Die Naivetät des Kindes war im höchsten Grade belustigend; dabei mußte sich der Direktor sagen, daß er lange kein so interessantes Gesicht gesehen hatte. Freilich, die Kleidung des Mädchens bildete einen seltsamen Gegensatz zu den schönen Gesichtszügen. Aber der Direktor kannte das. Er maß Folly von oben bis unten und sagte dann nachlässig: „Hier ist nicht der Ort, um derartige Angelegenheiten zu verhandeln — geh in den schmalen Gang, wo die Bühnenthüre mündet — jetzt habe ich keine Zeit!"

„Und wie gelange ich an die Bühnenthüre, Herr Direktor?"

„Mein Gott, so brauche doch Deine Augen; draußen um die Ecke — rechts die letzte Thüre."

Folly entfernte sich und fand auch bald die bezeichnete Thüre; weniger leicht war es, jemand zu finden, dem sie ihr Anliegen vortragen konnte, und schließlich hieß es, jetzt sei keine geeignete Zeit für dergleichen, man habe alle Hände voll zu thun.

„So will ich wiederkommen, wann wäre es am passendsten?" fragte Folly unbeirrt.

„Hm — ich wüßte nicht, weshalb Du überhaupt wiederkommen solltest!" brummte der Portier, indem er einige Briefe in das Wandfach seiner Loge ordnete.

Als er mit dieser Beschäftigung zu Ende war, blickte er auf. Folly stand noch auf demselben Fleck und der Mann betrachtete sie jetzt erst genauer — mit dem durch Uebung geschärften Blick des Kenners.

„Komm morgen früh gegen 11 Uhr wieder," sagte er dann in freundlicherem Ton.

Ein Freudenstrahl huschte über Follys Gesicht, dasselbe in wunderbarer Weise belebend. Wie beiläufig bemerkte der Portier:

„Wenn Du nichts zu versäumen hast, kannst Du meinetwegen auch hier bleiben und warten bis die Vorstellung zu Ende ist — der Balletmeister kommt dann auch hier vorbei."

„O, ich will gerne warten — ich habe nichts zu thun."

„So komme hier herein in mein Stübchen und setze Dich ans Feuer, hier drinnen ist's ganz behaglich und draußen würdest Du doch nur im Wege sein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930118-16/fragment/page=0001

beugt. Herr Stadtrecht fordert darüber hinaus eine Verkürzung der Arbeitszeit. Auch wir halten eine allgemeine Herabsetzung derselben für erstrebenswert, sie darf jedoch nicht ohne die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschehen. Denn sich die Interpellanten nun aber auf den Achtstundentag verstehen, so muß ich doch sagen, daß man dadurch die Arbeitslosigkeit nur steigern würde; entweder tritt bei seiner Einführung eine Reduktion der Löhne ein, oder aber sie führt für uns der Verlust des Exports nach sich. Den Export aber brauchen wir, um unsere Arbeiter zu ernähren. Die Produktion kann sich nur schrittweise mit dem Konsum heben. Wir haben aber heute schon mit einer nicht unerheblichen Ueberproduktion zu rechnen, infolge deren die Preise immer mehr gedrückt werden. Für die Zukunft ließe sich vielleicht ins Auge fassen, eine Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit einzuführen, die man dann den Berufsgenossenschaften übertragen könnte. Diese würden dann von selbst schon die Organisation des Arbeitsnachweises in die Hand nehmen. Ebenso müssen wir weiter auf dem Gebiete der Sonntagsruhe fortschreiten, und ich möchte bei dieser Gelegenheit mein Bedauern darüber aussprechen, daß es den verbündeten Regierungen noch nicht möglich gewesen ist, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk zur Durchführung zu bringen. Sodann kann auch auf dem Wege der Beschränkung der Frauen- u. Kinderarbeit noch etwas weiter gegangen werden. Auf dem Wege des Arbeiterschutzes ist nicht die Sozialdemokratie, sondern unsere Partei bahnbrechend gewesen, der Widerspruch der Sozialdemokraten hat uns sogar vielfach gehindert, unser Ziel ganz zu erreichen. Auch für die Wahrung des Koalitionsrechts der Arbeiter sind wir von jeher eingetreten, wir sehen in einer kräftigen Arbeiterorganisation einen Schutzwall gegen Ausschreitungen und Exzesse. Die Organisationen müssen aber auf gesetzlicher Grundlage beruhen. Einen staatlichen Arbeitsnachweis einzuführen, wäre in einer Zeit der Arbeitslosigkeit sicher nur von geringem Erfolge, denn es fehlt eben an der genügenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Ich muß dann noch der Behauptung des Abg. Barth entgegentreten, daß die Schutzzölle nur eingeführt seien, um die Rente der Unternehmer zu erhöhen. Wir wollen diese Rente mit Hilfe der Zölle allerdings auf einer gewissen Höhe halten, aber vor allem, damit den Arbeitern die Arbeitsgelegenheit erhalten bleibe. Geht die Unternehmerrente herunter, so folgt daraus eine Herabsetzung der Löhne und die Entlassung von Arbeitern, event. die Einstellung des Betriebes, sei es in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Die Zölle bilden einen gewissen Regulator für die Produktion und man wird sie deshalb nicht entbehren können, so lange wir nicht einen Staat haben, in dem die Produkte einfach an die einzelnen Personen nach bestimmten Grundsätzen verteilt werden, wie in dem sogenannten sozialdemokratischen Staat. Dann noch ein Wort zu dem jüngsten Streik. Bei demselben hat sich wieder gezeigt, wie notwendig es ist, daß an der Spitze der Arbeiterorganisationen die richtigen Leute stehen. Ich freue mich, daß selbst die Sozialdemokraten mit diesen Führern des Rechtsschutzvereins nichts zu thun haben wollen. Im übrigen bedauere ich, daß der Streik hier zur Sprache gekommen ist. Der Streik ist eine Art Krieg, und während des Krieges trägt es nicht zur Beruhigung der Gemüter bei, wenn man sich darüber streitet, wer der Schuldige sei. Für ungerechtfertigt muß ich aber den Widerspruch der Sozialdemokraten gegen das neue Institut des Lehrhauer erklären, dasselbe ist eingeführt, um die Betriebssicherheit zu zu erhöhen, eine Art Befähigungsnachweis einzuführen, und so die Standesehre der Bergleute zu stärken. Daß die jungen Leute, die eben als Hauer eintreten, einen geringeren Lohn erhalten als die älteren Hauer, ist jedenfalls keine Unbilligkeit; und daß die älteren Hauer einen Teil des Gedingelohnes der jüngeren zugewiesen erhalten, ist gewissermaßen nichts als eine Art Lehrgeld, das die letzteren an die ersteren zahlen. Ist der Streik beigelegt, dann möchte ich aber der Regierung ans Herz legen, nach einiger Zeit in eine ernste Prüfung einzutreten, inwieweit den Wünschen der Arbeiter Entgegenkommen gezeigt werden könne. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (Reichs.): Ich stimme mit dem Grafen Kanitz darin überein, daß die Grundursache des Notstandes die Entvölkerung des platten Landes ist. Anstatt dieser abzuhelfen, hat man mit dem Abgange des Fürsten Bismarck der Landwirtschaft immer neue Lasten auferlegt. Ich erinnere an die Herabsetzung der Getreidezölle, an die Aufhebung des Einfuhrverbots für amerikanisches Schweinefleisch, an die Beschränkung der Zucker-Exportprämien. In allen diesen Maßnahmen ist die Regierung von der Linken gedrängt worden. Und jetzt drängen Sie dieselbe weiter zu einer Herabsetzung der Brannweinabgabe. Sie reden so lange von der Liebesgabe für Brenner, bis Sie selbst daran glauben werden. (Heiterkeit links.) Indem Sie aber unsere Landwirtschaft in immer größere Bedrängnis bringen, schädigen Sie auch die Arbeiter in den Städten, denn ohne unseren Bauernstand findet er kein Brot. Sie müßten daher alles thun, um die Notlage der Landwirtschaft zu bessern. Ein Mittel dazu liegt vor allem in der Währungsfrage. Man sollte sich auch in der Sozialdemokratie mehr mit dieser Wissenschaft beschäftigen. Das kann nur den Umschwung der öffentlichen Meinung beschleunigen. Dieser Umschwung muß kommen, so siegesgewiß auch Herr Bamberger heute noch ist. Zur Zeit, als die Eisenzölle auf der Tagesordnung standen, war er auch siegesgewiß, und doch kriegten wir die Eisenzölle. So wirds auch hier werden, und schon die steigenden Militärvorlagen werden die Währungsfrage in Fluß erhalten. Was das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern betrifft, so habe ich schon bei der Beratung des Arbeiterschutzgesetzes betont, daß zu wenig geschehe zum Schutze der Arbeitgeber. Ich glaube, die Verhältnisse haben wir recht gegeben. So lange wir nicht ein neues Sozialistengesetz mit Beschränkungen der Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit haben, ohne das wir auf die Dauer nach meiner Meinung doch nicht auskommen können, dürfen wir jedenfalls nicht weiter gehen. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes war ein entschiedener Fehler. Man hatte gehofft, die Sozialdemokratie würde danach zurückgehen, aber die nächsten Wahlen werden zeigen, daß sie bedeutend gewachsen ist. Man hat beim Arbeiterschutzgesetz auch zu wenig Rücksicht auf das Gesetz von der Harmonie der Kräfte genommen (Lachen bei den Sozialdemokraten). Sie erkennen dieses Gesetz freilich nicht an. Wollen Sie nun allem dem Notstande wirksam abhelfen, so fassen Sie zunächst den Notstande der Landwirtschaft. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Hirsch (freis.): Es ist noch nicht lange her, daß man unsere Bergarbeiter den übrigen Industriearbeitern als Muster hinstellte. Das ist seit einigen Jahren anders geworden. Man hat die Zwangskassen der Bergarbeiter den übrigen Arbeitern aufgenötigt. Statt aber jetzt einzusehen, fordert man, man möge die Hand fester auf die Arbeiter legen, womöglich gegen die Arbeiter-Organisationen vorgehen. Ich freue mich, daß der preußische Handelsminister hier erklärt hat, es liege ihm fern, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten. Dunkel war aber die Bemerkung, daß das Staatsministerium über die Stellungnahme zu dem Rechtsschutzverein werde zu beschließen haben. Ich glaube nicht, daß man diesem Verein etwas wird entgehen können, sofern er auf rechtlicher Grundlage beruht. Darin hat jedenfalls die Debatte eine Klärung herbeigeführt, daß man heute nicht mehr sagen kann, der Streik sei ohne Ursache ausgebrochen. Wir wissen, daß die Bergleute schon vor zwei Monaten in einer großen öffentlichen Versammlung beschlossen haben, zu streiken, falls man ihre Forderungen nicht erfüllt. Ich hoffe somit, daß die Regierung, sobald der Streik beendigt sein wird, nochmals in eine ernste Prüfung dieser Forderungen eintreten wird. Was den Notstand betrifft, so wird gewiß niemand mehr das Bestehen von Not und Elend leugnen, man wird sich aber doch vor Uebertreibungen hüten. Ein großer Teil des Notstandes basiert auf natürlichen Umständen, wie sie in jedem Winter wiederkehren. Dafür die bestehende Wirtschaftspolitik verantwortlich machen zu wollen, ist eine Uebertreibung. Andererseits ist es unbillig, unserer Zeit die Schuld an dem Notstande der Spielwarenindustrie zuzuschieben; dieser Notstand bestand schon vor zehn Jahren, er ist ein dauernder einer auf dem Aussterbeetat stehenden Industrie. Ebenso unbillig aber ist es, mit Herrn v. Kardorff die Augen vor anderen Notständen zu verschließen und zu sagen, ein Notstand bestehe nur in der Landwirtschaft. Gäben wir seinen Forderungen nach, so hieße das das Brot verteuern, und käme zu der jetzigen Notlage noch Teuerung, so stände es wirklich traurig. Daß die Leute in die Städte strömen, ist gerade die Schuld der Grundbesitzer auf dem Lande, denn zum Bergnügen ziehen die Leute von dort nicht fort, sie gehen in die Städte, weil sie dort besser bezahlt werden. Dann aber vor allem, weil es ihnen angesichts der Ausdehnung des Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen an jeder Aussicht fehlt, selbst ein kleines Grundstück zu erwerben. Dem Großgrundbesitz fällt es aber nicht nur nicht ein zu parzellieren, sondern er kauft noch immer, wie zu Graf Kanitz zugiebt, einige Bauernhöfe dazu. Hinsichtlich der Schutzzollpolitik glaube ich es Herrn Hitze gern, daß er dabei auch das Wohl des Arbeiters im Auge gehabt hat. Aber man muß doch wohl sein Augenmerk auch auf die Folgen richten, und die Folgen waren derartig, daß sich die Regierung selbst zur Umkehr genötigt gesehen hat. Die niedrigen Getreidepreise sind auch nicht einmal eine Wirkung der Handelsverträge, sondern nur allein die gute Ernte. Ich komme nun zu dem zur Abhilfe des Notstandes vorgeschlagenen Mittel. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat gewiß ihr Gutes, sie muß sich aber nach den wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen richten, keinesfalls kann man einen schablonenhaften Maximalarbeitstag schon jetzt einführen. Damit würde man das Uebel nur verschlimmern. Vielmehr würde man zur Zufriedenheit der Arbeiter wirken, daß man, besonders in den Staatsbetrieben, das streng innehält, was man den Arbeitern versprochen, daß man nicht auch mit den Arbeitsordnungen Mißbrauch treibt und, wie es hier und da geschehen ist, geradezu ungesetzliche Bestimmungen in dieselben aufnimmt. Das sollte man im Auge behalten, und diese von den heutigen gehörten Klagen werden verstummen. (Beifall links.)

Abg. Möller (nat.-lib.): Daß der Minister die Saarbrücker Bergdirektion in dem Streik selbständig handeln läßt, ist durchaus anzuerkennen. In Einzelheiten einzugehen ist nicht unsere, sondern Sache des preußischen Landtages. Ich hoffe nur, der Minister wird dieselbe Haltung bewahren dem Streik im Ruhrgebiet gegenüber, der noch weit weniger gerechtfertigt erscheint als im Saargebiet. Er ist gewissermaßen durch Infektion entstanden. Die Löhne sind im Ruhrgebiet allerdings nicht so hoch, wie im Saarrevier, aber sie befinden sich seit 1887 in steigender Tendenz, die nur im letzten Jahre infolge des Rückganges der Kohlenpreise einen Stillstand erfahren hat. Jedenfalls ist aber das eine bemerkenswert, daß hier ebenso wie im Saargebiet die jüngeren Leute einen verhältnismäßig hohen Lohn haben. Bemerkenswert ist ferner, daß die Hoffnung, die Organisation der Arbeiter werde Konflikte verhindern, sich nicht bewahrheitet hat. Es hat sich vielmehr an der Saar gezeigt, daß die große Masse blind einer kleinen Masse von Führern oder man kann getrost sagen von Verführern folgt. Es ist deshalb bedauerlich, daß es bei der Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle nicht gelungen ist, dem § 153 eine andere Fassung zu geben. Und es liegt daran eine Warnung, nicht etwa einen Zwang zum Beitritt zu solchen Organisationen auszusprechen. Was dann die Interpellation selbst anbetrifft, so stimme ich in vielem, was Abgeordneter Hitze den Sozialdemokraten gesagt hat, mit ihm überein. Nicht folgen kann ich ihm dagegen in dem, was er über den Maximalarbeitstag geäußert hat. Die heutige Produktionsweise läßt eine solche generelle Regelung nicht zu. Man vergißt immer, wenn man über den Maschinenbetrieb spricht, daß durch das Maschinenwesen erst unsere Industrie den Aufschwung genommen hat, der so vielen Arbeitern Arbeitsgelegenheit geboten hat. Diese würde man den Arbeitern wieder nehmen, wenn man die Industrie in ihrer Entfaltung durch solche Maßregeln hindert. Ich rechne dem Abg. Hitze hier zu den Illusionärpolitikern. Aehnlich steht es mit dem Vorwurf, daß die preußische Staatseisenbahnverwaltung mit Lohnreduktionen vorgegangen sei. Ein Staatsbetrieb muß eben auch hier den allgemeinen Verhältnissen Rechnung tragen und ich glaube, wir können dem Finanzminister dankbar sein, daß er auch hier den Grundsatz der Sparsamkeit durchgeführt hat.

Preußischer Handelsminister Freiherr von Berlepsch konstatiert dem Vorredner gegenüber, daß sich die Lohnsätze im Saargebiet genau in demselben Verhältnis bewegt haben, wie im Ruhrgebiet.

Abg. Winer (wildliberal) stimmt dem Abg. Barth darin bei, daß ein großer Teil des Notstandes eine Folge der protektionistischen Richtung sei. Das werde auch in weiten Kreisen des Bauernstandes heute anerkannt. Freilich könne man heute mit der Aufhebung der Getreidezölle nur schrittweise vorgehen, und gleichmäßig müßten nun die Industriezölle ermäßigt werden.

Abg. Dreesbach (soz.): Wenn die Versammlung der Arbeitslosen den Minister von Bötticher nicht bestimmen können, einen wirklichen Notstand zu konstatieren, so sollten ihn doch die Berichte der Fabrikinspektoren dazu bewegen. Nach dem Bericht derselben von dem Jahre 1891 hat ein langsamer aber stetiger Niedergang der Industrie und damit eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen stattgefunden. Die Geschäftslage im Jahre 1892 hat sich aber nach allgemeiner Meinung noch weiter verschlechtert. (Sehr richtig!) An demselben Tage, zu vielleicht zu derselben Stunde, wo hier der Minister v. Bötticher, um den Notstand nicht anzuerkennen, auf den Aufschwung des Post- und Eisenbahnwesens im vorigen Jahre hinwies, hat der preußische Finanzminister im Abgeordnetenhause eine diametral entgegengesetzte Erklärung abgegeben, indem er den Etat als ein Spiegelbild der allgemeinen gewerblichen Entwickelung in dem letzten Jahre bezeichnete und das Defizit von 58 Millionen mit 29 Millionen auf den Minderüberschuß der Eisenbahn-Verwaltung zurückführte. Wir unsererseits haben das Mögliche gethan, um den Notstand auch ziffernmäßig zu beweisen. Herr von Bötticher hat sich wegwerfend über sie in den Versammlungen der Arbeitslosen gefaßten Resolutionen ausgesprochen, aber in verschiedenen Städten haben sich auch Arbeitslosenkommissionen gebildet und statistische Aufnahmen über die Verhältnisse in ihrem Bezirk gemacht, so in Halle, Giebichenstein, Mannheim. Danach sind in Mannheim, einer Stadt von 80 000 Einwohnern 1040 Arbeitslose vorhanden, darunter die Mehrzahl Familienväter, so daß 3—4000 Personen der Bevölkerung dort direkt dem Elend überliefert werden. Die städtische Behörden wurde aufgefordert, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen; sie haben die Sache auch nicht schlankweg abgelehnt und Abhilfe geschafft, aber fragt mich nur nicht wie. Sie haben die Leute mit der ungewohnten Arbeit des Steinklopfens beschäftigt, wobei dieselben 1.50—1.60 M. pro Tag verdienten. Man stellte an die städtische Behörde auch das Verlangen, die Fabrikanten zur Einstellung der Entlassung von Arbeitern zu veranlassen. Die städtische Verwaltung erklärte jedoch, das stehe außer ihrer Macht liege, daß sie jedoch bei den Fabrikinspektoren dahin wirken wolle. Der badische Fabrikinspektor Wörishofer, ein weiser Rabe unter seinen Kollegen, hat darauf auch versprochen, dahin zu wirken, daß weitere Entlassungen von Arbeitern nicht stattfinden sollten. In Hamburg befanden sich nach der am 15. Oktober vor. J. aufgenommenen Arbeitslosen-Statistik 4873 Personen, welche zusammen 52 375 Wochen arbeitslos waren. Wie ist diesem Notstande abzuhelfen? Was von seiten der Kommunen geschehen ist, konnte natürlich nicht ausreichen. Man kann es auch den städtischen Behörden von Mannheim nicht verargen, wenn sie nur der jenigen Arbeitslosen Beschäftigung geben wollten, welche ihren Unterstützungswohnsitz in Mannheim haben. Für die übrigen Arbeitslosen wirkte das allerdings hart und grausam. Die Konservativen haben uns aufgefordert, unseren Einfluß dahin auszuüben, daß unsere Anhänger aus den Industriestädten auf das platte Land zurückkehren. Diese Aufforderung würde besser an ihre eigene Adresse gerichtet. Wenn Sie (nach rechts) für ausreichenden Lohn und eine menschenwürdigere Behandlung Ihrer Arbeiter sorgten, dann würden sie nicht massenhaft in die Städte ziehen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Ich bin überzeugt, daß die ländlichen Gemeinden auch nicht ihre früheren Angehörigen, wenn sie unterstützungsbedürftig sind, wieder zurücknehmen. Als Mitglied der Armenkommission zu Mannheim weiß ich, daß die ländlichen Gemeinden ihre Angehörigen an die Städte abgeschoben haben und sie sogar heimlich zwei Jahre lang dort unterstützt haben. Eine Abhilfe ist nur möglich, wenn die Armenangelegenheiten nicht mehr Sache der Kommunen, sondern des Reichs sein werden. Man hat bestritten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine größere Einstellung von Arbeitern zur Folge haben würde. Aus dem Monde können die dann notwendig werdenden Arbeiter nicht genommen werden. Sie werden aus den Reihen der arbeitslosen vagierenden Arbeiter genommen werden können. (Widerspruch rechts.) Die 200—300 000 sog. Vagabunden auf der Landstraße würden gern arbeiten, wenn sie nur Arbeit bekämen. (Lebhafter Widerspruch rechts. Rufe: Sie wollen nicht arbeiten!) Diese 200—300 000 Vagierenden rekrutieren sich aus solchen, die aus der Arbeit entlassen worden sind. Wir haben in diesem Winter die Not an Leute heranretten, die im Sommer nicht einmal in der Lage waren, ihre Schulden abzutragen, die sie im vergangenen Winter gemacht haben. Vor allem wäre es notwendig, einen Maximalarbeitstag durch Gesetz einzuführen. Bis dies aber geschieht, müßten die Staatsbetriebe der Privatindustrie in der Regelung der Arbeitszeit mit gutem Beispiel vorangehen. Leider sehen wir, daß der Staat seine Arbeiter noch mehr ausbeutet als die Privaten. Auf der Germania-Werft in Kiel wurden im vorigen Jahre eine Anzahl von Zimmerleuten wegen Mangels an Arbeit entlassen. Die Zimmerleute wandten sich darauf an die kaiserliche Werft, wurden aber abgewiesen mit der Motivierung, man könne sie nicht einstellen, ja, man dürfe es nicht, weil sie das vierzigste Jahr schon erreicht hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo existirt denn ein Gesetz, daß die Arbeiter nur bis zum 40. Jahre leben dürfen? Bis zum 45. Lebensjahre muß der Mann für das Vaterland bereit sein. Mit dem 70. Jahre erhält der Arbeiter die Altersrente, aber er muß bis dahin gearbeitet haben. Wie reimt sich das zusammen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Setzen Sie doch gefälligst die Rente auf das 40. Jahr fest (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten); die Arbeiter werden damit schon einverstanden sein. Die Gesamtheit hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein großer Teil der Angehörigen nicht elendiglich verhungern und verkommen. Der Vorwurf, daß die Sozialdemokraten den Streik im Saargebiet provoziert haben, ist schon zurückgewiesen worden. Die „Germania", also Ihr Blatt (zum Zentrum), hat die wahre Ursache des Streiks angegeben. Es war die neue Bergarbeiterordnung, in welcher das Lehrsystem aufgestellt ist, die Reduktion mancher Löhne

---

172]

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

(In neuer vom Verfasser bewirkter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nun, da haben wir's; ich habe diesem Habicht nie getraut."

„In schlechten Unternehmungen durfte man ihm nicht trauen, wohl aber in allen guten, und das hat sein Gutes. Uebrigens hat er Sie gründlich an Raffmaus gerächt, das mag Ihnen zur Genugthuung gereichen."

„Es thut mir aber doch leid um den Mann; er wußte das Geschäft so gut zu leiten, und ich habe so viele Jahre mit ihm gearbeitet."

„Nun, dann bedauern Sie ihn, Sie werden so wie so der Einzige in diesem Bedauern sein. Wissen Sie übrigens, daß der Möbelfabrikant Rollfuß von unserem Freunde Streit einen tüchtigen Säbelhieb bekommen hat, der ihm unter anderem das eine Ohr gründlich abgehauen hat?"

„Um den Menschen ist's nicht schade," meinte Musselich.

„Sehen Sie, das ist hübsch, da sind wir doch schon einmal einer Meinung. Aber wie ich sehe, sitzen Sie hier alle im Trocknen, es fehlt wohl sehr an Moneten?"

„Leergebrannt ist die Stätte," versicherte der Mime.

„Nun, dann werde ich in die Bresche treten. Aber horch! da tönt die Glocke, sollten wir neuen Zuwachs bekommen?"

„Hurra!" rief der Leutnant, „unser Viertellos hat gewonnen, es ist der Lotterie-Kollekteur!"

„Haben Sie denn gespielt?" frug Frank verwundert.

„Jawohl, und zwar mit der Bestimmung, daß der Gewinn unter die gerade in Wechselhaft Befindlichen verteilt werden soll. Sie gewinnen also mit."

„Aber ich habe ja nichts dazu gegeben?"

„Dafür haben viele gegeben, die jetzt abgegangen sind und nichts bekommen."

„Nun, da geht es mir ja gerade wie dem alten Mütterchen, das immer nach ihrem Gewinn fragte, obwohl sie nie spielte, und endlich doch gewann, weil ein Menschenfreund heimlich für sie ein Los bezahlt hatte."

Es war in der That der Lotterie-Kollekteur, der jetzt eintrat und mit freudestrahlendem Blick rief:

„Meine Herren, ein großes Glück für Sie alle habe ich Ihnen zu verkünden. Was geben Sie mir dafür?"

„Hundert Thaler!" rief der Leutnant kühn.

„Ein Prozent!" sprach Levy bedächtiger.

„Das eine Prozent wäre mir lieber," erklärte der Kollekteur, „soll ich's haben?"

„Zugestanden," riefen alle, und nun fragte der Kollekteur, indem er die Liste hervorzog:

„24 809?"

„Das stimmt," erklärte Levy, der hastig das Los hervorgezogen hatte.

„Die Nummer hat das große Los, von dem als vierter Teil 62 000 Thaler 23 Groschen und 6 Pfennige auf Ihren Anteil fallen."

„Nun, da hört wirklich alles auf," rief Frank. „Seit 27 Jahren wird von diesem Lokal aus in die Lotterie gesetzt, und außer 8 bis 9 kleinen Treffern gab es nichts anderes, als immer Nieten. Ich lasse mich heute aus Unsinn für die Dauer eines Tages, wie ich mir vorgenommen, hersetzen, und gewinne 12000 Thaler. Das ist bei meinem vielen Pech nun wirklich vor meinem Ende. Ich bin überzeugt, daß mich daraufhin beim Fortgehen in der nächsten Straße ein Ziegel vom Dache totschlägt. Aber, Herr Musselich, ich heirate Ihre Tochter dennoch. Und angesichts dieses willkürlichen Spiels des Zufalls sage ich abermals und abermals, die blödsinnige Einrichtung mit dem Gelde muß abgeschafft werden."

„Wenn die Herren vielleicht schon heute eine kleine Summe zur Feier des freudigen Ereignisses zu haben wünschen, stehe ich gern mit einer kleinen Abschlagszahlung zur Verfügung," bemerkte der Kollekteur verbindlich.

„Werden wir nicht haben nötig," erklärte Levy, werde selber stehen zu gebote mit 200 Thaler, mit tausend oder zweitausend, ganz ohne Zinsen, wie Sie befehlen."

„Nun dann, Herr Meyer," rief Frank, „haben Sie die Güte und schicken Sie uns ein solides Abendessen herauf. Alles, was Sie nur Gutes vorfinden; dazu so viel Châteaux Margaux, als sie glauben, daß fünf Mann brauchen, um die Nacht durchzutrinken; ferner fünf Flaschen Champagner, zehn Lot gebrannten Kaffee und sechs Heringe für den Katzenjammer morgen früh. Das alles in eine Kiste, die mit der Aufschrift: „die Sachen von Herrn Frank" abgegeben werden muß. Punkt 10 Uhr morgen früh schicken Sie uns fünf zweispännige Wagen mit Dienern hintenauf, damit die Wechselarrestanten standesgemäß ausfahren können. Binnen kurzem wird der ganze Schwindel so wie so gesetzlich abgeschafft sein, und es ist gut, wenn die Leute über dieses Institut einstmals eine möglichst gute Nachrede führen können. Wollen Sie das pünktlich besorgen, so sollen Sie bei dem Volksfeste, welches wir heute über 14 Tage, dem Tage meiner Hochzeit, wenn Sie nichts dagegen haben, Herr Musselich, in Hofsellbach und Bleichungen feiern werden, als Gast des Komitees gehalten werden."

„Ich werde alles pünktlichst ausführen, meine Herren," versicherte der Kollekteur und eilte von dannen.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930118-16/fragment/page=0002

und als Pendant dazu die Weihnachtsgratifikation der Bergbeamten. Da wurde der Streik beschlossen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß Herr v. Stumm beim Handelsminister vorstellig geworden ist und eine Herabminderung der Preise der Kohlen um 50 Pf. pro Tonne gewünscht habe, andernfalls sein Werk nicht mehr betrieben könne und er dasselbe von Neunkirchen nach Lothringen verlegen müsse. (Hört! hört!) Der Handelsminister ist auf die Forderung zwar nicht eingegangen, hat aber eine Herabsetzung der Koakskohlen um 50 Pf. bewilligt. Mit dieser Herabsetzung ging eine Herabsetzung der Arbeitslöhne Hand in Hand, und da erfolgte der Streik. (Abg. Bebel: Stumm Aufhetzer!) Im Rechtsschutzverein und unter den Bergleuten sind zwar Sozialdemokraten, aber sie haben keine führende Rolle. Die Ultramontanen haben die Führerrolle gehabt. Herr v. Stumm hat vorgestern hier ausgesprochen, daß vor zwei bis drei Jahren noch keine Sozialdemokratie im Saarrevier vorhanden gewesen sei. Jetzt ist sie da; denn wir haben seine vorjährige Rede gegen die Sozialdemokratie drucken lassen und als Flugblatt verbreitet, und sie hat als der beste Agitator für uns gewirkt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er verlangt von den preußischen Behörden größere Schneidigkeit gegen die Streikenden. Mir scheint, ihre Schneidigkeit hat überhaupt den Ausbruch des Streiks verschuldet (Zustimmung links.) Ich weiß darüber aus eigener Erfahrung, wenigstens in bezug auf die Wahrung des Versammlungsrechts, ein Lied zu singen. Wie wenig die Sozialdemokratie dort dominiert, zeigt der gegen eine geringe Minderheit von dem Rechtsschutzverein gefaßte Beschluß, keiner politischen Partei den Bildstockfonds zu überlassen. (Hört, hört! links.) Alle anderen Parteien haben dort ihre Versammlungslokale, nur unsere Partei nicht. Auf welche Weise soll denn nun aber die Regierung diesem Ausstand gegenüber auftreten? Die Abgg. v. Stumm, v. Kardorff und Möller verlangen, daß Militär dorthin geschickt wird, daß ein neues Sozialistengesetz geschaffen werde. Glauben Sie etwa, daß durch die Heranziehung des Militärs derartige Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern unmöglich gemacht werden? Für die Zukunft glauben Sie durch ein strenges Strafgericht die Arbeiter abschrecken zu können, in Zukunft ihr Recht zu wahren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Im Gegenteil!) Je brutaler man gegen die vorgehen wird, die gestreikt haben, umsomehr wird sich die Gelegenheit für sie bieten, ihr Recht aufs neue maßgebend zu machen. Der Handelsminister war zwar mit dem brutalen Vorgehen, welches der Abg. Stumm vorschlug, nicht ganz einverstanden, erklärte aber, daß bis jetzt schon 500 Abkehrscheine ausgefertigt seien und daß weitere 3000 Mann in Zukunft nicht anfahren sollen. Das ist der zehnte Teil der ganzen Belegschaft. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß man gerade diejenigen herausfucht, die sich vorzugsweise als Streiker und Sozialdemokraten hervorgethan haben, sondern man greift willkürlich den zehnten Teil heraus. Was ist denn das anders, als wenn man früher bei irgend einer Revolte den zehnten Mann herausgriff und niederknallen ließ? Ich gratuliere zu dieser Schneidigkeit. In kurzem wird die sozialdemokratische Partei auch dort dominieren, und sie wird dann mitsprechen, wenn es sich um einen Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern handelt. Herr v. Berlepsch achtet das Koalitionsrecht, aber wenn einer davon Gebrauch macht, dann wird er entlassen! Steht es denn hier in Berlin anders? In Schöneberg gelingt es den Arbeitslosen nicht, eine Versammlung abzuhalten, Schöneberg scheint gänzlich in Belagerungszustand erklärt zu sein. So sieht es in Wirklichkeit aus; an Schneidigkeit fehlt es nicht! Die Arbeiter haben nicht mehr Gnade zu verlangen, sondern ein Recht darauf, daß ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Herr v. Stumm klagt uns an, daß wir das höchste Gut der Menschen, die Zufriedenheit, vernichten. Wer ist denn heute zufrieden? Die Reichsregierung? Verlangt sie nicht täglich neue Steuern von uns? (Große Heiterkeit.) Ist die Rechte zufrieden? Sie klagt ja stets über Not der Landwirtschaft. Traurig sähe es mit unserem Kulturzustand aus, wenn die Arbeiter mit dem Erreichten zufrieden wären. Die alten patriarchalischen Zeiten sind vorbei, nicht mehr kann der Arbeitgeber das ganze Leben seiner Arbeiter regeln, diese Zustände werden auch einmal auf den Werken des Herrn Stumm ein Ende nehmen. Wie, wenn man die industriellen Kröpfe fragte, was sie denn in ihren Mußestunden trieben, wie sie ihre Gelder ausgäben u. s. w.? Den Arbeiter, der danach fragte, würden Sie einfach für verrückt erklären. Ich freue mich am meisten darüber, daß man sich nach einem neuen Ausnahmegesetz sehnt, das ist die Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft, Sie kommen ohne den Polizeiknüppel nicht mehr aus. Auch das wird uns nicht vernichten. Wir haben 12 Jahre ausgeharrt, der Ausgang war eine schmachvolle Niederlage derer, die diesen Kampf geführt haben, und mit ihm ging der Heros des Jahrhunderts zu grunde. Wenn der neue Kurs glaubt auf derselben Basis Erfolge zu erringen, wohlan, er mag uns kommen, wir werden auch ihm gegenüber bewaffnet sein! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Vorredner als Aufgabe der Partei hingestellt hat, die Unzufriedenheit zu nähren, so war er zu aufrichtig und sprach nicht im Interesse seiner Partei. Ich glaubte immer bisher, jeder, der zur Leinahme an den öffentlichen Arbeiten berufen ist, hätte die Aufgabe, die Zufriedenheit zu nähren. Ich wiederhole, ich erkenne keinen Notstand an, der ein Einschreiten der Reichsregierung notwendig macht. Ich trete daher den Beweis dafür, daß ein Notstand überhaupt nicht vorliegt, erst garnicht an. Die Beweismittel des Vorredners beziehen sich alle auf eine Zeit, um die es sich garnicht handelt. Die Ausführziffern unserer Industrie aus der letzten Zeit, soweit sie schon bekannt sind, weisen eine Zunahme auf. Der seltsame Kontrast zwischen meinen Aeußerungen und denen des preußischen Finanzministers ist garnicht vorhanden. Herr Miquel hat dasselbe gesagt wie ich. In fast allen in Sachsen betriebenen Industriezweigen hat sich eine Besserung gezeigt. Ein Eintreten der öffentlichen Hilfe ist dort nirgends bisher erforderlich gewesen. Es fehlt nicht an Arbeit und die Löhne sind teilweise gestiegen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Das gilt von den Webereien, Baumwollen- und Kammgarn-Spinnereien, Kleiderstoff-Fabriken, Strumpfwirkereien, mangelhafter geht es. a. die Fabrikation der Posamenten, der Musikinstrumente. In Hamburg liegt zwar der Handel sehr darnieder. Was aber die Zahl der Arbeitslosen dort betrifft, so geht die vom Gewerkschaftskartell aufgenommene Statistik auf sehr schwachen Füßen. Die Löhne sind in der Zeit von 1887 konstant gestiegen. Die Forderung, daß die Armenpflege Reichssache werde, muß ich schon deshalb ablehnen, weil wir das von Reichs wegen garnicht bewältigen können. Die Kommunen sind thatsächlich die dazu zuerst Berufenen. Ebensowenig ist das Reich in der Lage, für die Beschäftigung Arbeitsloser etwas zu thun. Je mehr diese Fürsorge lokalisiert wird, um so wirksamer wird sie sein. Die Arbeitslosigkeit in den großen Städten kommt allerdings einfach daher, daß nach diesen und den Industriezentren mehr Arbeitskräfte zuströmen, als nötig sind. (Zwischenrufe links.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) in dieser Beziehung das Ihrige thun, diese Zuströmen zu verhindern, dann werden Sie über die Arbeitslosigkeit nicht mehr zu klagen haben. (Beifall rechts.)

Abg. Lucius (Rp.) verzichtet.

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Stumm, Hitze, Dreesbach und Bebel.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Schneider-Hamm unter der Heiterkeit der wenigen noch anwesenden Mitglieder des Hauses, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten worden ist.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung, Montag 1 Uhr. (Branntweinsteuergesetz.)

Parteinachrichten.

Das Allerneueste aus dem Reiche des Herrn von Stephan. Unter dieser Ueberschrift erschien Anfang Oktober im „Vorwärts" ein Artikel, der es scharf rügte, daß für die von der Cholera hart betroffenen Hamburger Postbeamten auf Veranlassung höherer Postbeamten der Bettelsack geschwungen wurde, statt daß die von der Epidemie betroffenen Beamten aus Reichsmitteln unterstützt worden wären. Dieser Artikel ging durch die gesamte sozialdemokratische Presse und auch die bürgerliche Presse bis hinauf zu stockkonservativen Organen verurteilten die von dem Staatssekretär v. Stephan gutgeheißene Sammlung. Wegen dieses Artikels hat nun Herr v. Stephan gegen eine große Anzahl sozialdemokratischer Blätter Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Am 13. d. M fand gegen den Redakteur des „Saalfelder Volksblatt", H. Becker, Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Saalfeld statt, welches auch den Angeklagten mit Rücksicht auf seine zahlreichen Vorstrafen zu 45 Mark Geldstrafe verurteilte.

An demselben Tage hatte sich der Redakteur der Magdeburger „Volksstimme", Genosse Beer, vor dem Landgericht zu Magdeburg wegen derselben Missethat zu verantworten. Das Gericht erkannte auf 100 Mark Geldstrafe, der Staatsanwalt hatte 200 M. beantragt.

Gestern (am 16. Januar) stand der Redakteur unseres „Volksblatts" Richard Ilge, wegen derselben Missethat vor dem hallschen Landgericht, die Verhandlung wurde vertagt. (S. Gerichtsverhandlungen.) Nach den Erfahrungen, die die Sozialdemokraten, namentlich Genosse Ilge, vor dem hallschen Gericht gemacht, sollte es uns nicht wundern, wenn Genosse Ilge sein Vergehen mit einigen Monaten Gefängnis sühnen muß. Jedenfalls bieten die Urteile in derselben Sache an den verschiedensten Gerichten Anlaß zu interessanten Vergleichen und Betrachtungen.

Aus Stadt und Land.

Halle a. S., 17. Januar 1893.

Die Cholera steht — so schreibt die „Hallische Zeitung" — wenn nicht alles täuscht, abermals dicht vor den Thoren unserer Stadt. In der Irrenanstalt Nietleben sind seit vorgestern ganz unpöbzlich in fünf verschiedenen Anstaltshäusern nicht weniger als 17 Personen unter allen Symptomen der asiatischen Cholera erkrankt, bis gestern abend waren bereits 4 der Kranken verstorben, mehrere derselben nach kaum eintägiger Krankheitsdauer. Das Aussehen der Leichen, sowie dasjenige der Eingeweide derselben ist genau dasselbe, wie es bei der asiatischen Cholera zu sein pflegt. Die bakteriologische Untersuchung der Fäkalien, welche Herr Professor Dr. Renk hierselbst leitet, wird im Laufe des heutigen Tages voraussichtlich beendet werden, so daß wir sodann unseren Lesern endgültig Mitteilung darüber werden machen können, ob in der That asiatische Cholera vorliegt. Die Irrenanstalt Nietleben wird ärztlicherseits inzwischen als von der Cholera durchseucht behandelt. Die Anstalt ist von dem Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt und auch sonst sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. — Soeben bei Schluß der Redaktion geht uns die Nachricht zu, daß von gestern abend bis heute früh noch 3 Todesfälle und 1 Erkrankung stattgefunden haben, so daß bis jetzt 18 Erkrankungen und 7 Todesfälle zu konstatieren sind.

Stadttheater. Die Aufführung von Wagners „Götterdämmerung" am kommenden Freitag beginnt bereits sechsdreiviertel Uhr. Die erste Aufführung der Oper von Leoncavalla „Der Bajazzo" mit Frl. Breuer, Hrn. Bachmann und Hrn. Armbrecht in den Hauptrollen erfolgt Anfang Februar. In der Donnerstags-Aufführung von Schönthans Schwank „Der Raub der Sabinerinnen" spielt Herr Schmidt-Hößler erstmalig den Theaterdirektor Striebe und Herr Doß die Rolle des Karl Groß. Am Mittwoch abend wird nochmals das Ballet „Die Puppenfee" gegeben und folgt hierauf die Oper „Undine". Wegen Unpäßlichkeit einiger Mitglieder mußte die Aufführung der Oper „Mignon" verschoben werden.

Die Ortskrankenkasse des Saalkreises hat vom 1. Jan. ab an Stelle der früheren vier Versicherungsklassen deren 7 eingerichtet. Da sich die Höhe der Invalidenmarken nach dem Krankenkassensatze richtet, diene den Beteiligten zur Nachricht, daß vom 1. Jan. ab ein Krankenkassenbeitrag von 12 und 18 Pf. eine Invalidenmarke von 14 Pf., ein Beitrag von 24 Pfg. eine Marke von 20 Pf., ein Beitrag von 30, 36 und 45 Pf. eine Marke von 24 Pf. und ein Beitrag von 51 Pf. eine Marke von 30 Pf. erfordert. (S.-Z.)

Raummangels halber mußte der Bericht über die Stadtverordnetensitzung vom Montag auf morgen zurückgestellt werden.

Ein Schadenfeuer entwickelte sich gestern abend in der siebenten Stunde in dem Hause Gerbergasse 12 dadurch, daß ein in allzugroßer Nähe eines Schornsteines befindlicher Balken in Brand geriet. Das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht und brauchte die in starkem Aufgebot angerückte Feuerwehr nicht in Thätigkeit treten.

Böllberg. Ein Unfall der leicht drei Menschenleben zum Opfer fordern konnte, ereignete sich hier gestern vormittag kurz nach 11 Uhr. Drei bei der Firma Kathe u. Sohn in Halle beschäftigte Arbeiter hatten von dieser den Auftrag, Stämme von Böllberg nach Halle zu befördern. Sie hatten vier derselben aufgeladen und sich auf dem Wege mit aufgesetzt, als plötzlich der Wagen einen neben dem Wege sich hinziehenden Abhang hinuntergeschleudert wurde und umschlug, wobei der Kutscher unter die Stämme zu liegen kam, während seine beiden Gefährten noch zu rechter Zeit abspringen konnten. Ein Glück ist es zu nennen, daß am Wagen eiserne Sperrleisten waren, sonst wäre der Kutscher sehr wahrscheinlich eine Leiche gewesen. Hilfsbereite Männer befreiten den Mann aus seiner peinlichen Lage und hat derselbe anscheinend keine bedeutenderen Verletzungen davongetragen. Auch die Pferde haben keinen Schaden erlitten, während natürlich der Wagen ziemlich schlecht weggekommen ist. Die Schuld an dem ganzen Vorgange liegt in anbetracht der Verhältnisse jedenfalls weniger an der Ungeschicklichkeit des Kutschers, als vielmehr an dem Wege selbst, indem, wie uns mitgeteilt wird, schon mehrfach ähnliche Vorgänge sich dort abgespielt haben, da der Weg von der fiskalischen Straße nach der Fähre stellenweise so schmal ist, daß man froh sein muß, wenn man an einem Wagen, dem man begegnet, ohne Schaden zu leiden vorüberkommt. Außerdem fehlen gerade an der fraglichen Stelle die Schrammsteine, so daß die Ortsbehörde in der Verbesserung und Verbreiterung dieses Weges jedenfalls eine Aufgabe ins Auge fassen könnte, die ihres Schweißes wert wäre. Meistenteils wird der Brunnen zugedeckt, wenn das Kind ertrunken ist; hoffentlich läßt sich die Ortsbehörde oben geschilderten Vorgang zur Warnung dienen.

Merseburg. Durch ein Defekt an der Wasserleitung wurden gestern vormittag zwei in dem Winklerschen Hause auf dem Entenplan belegene Läden unter Wasser. Nach mehrstündigen Bemühungen konnte erst durch Abstellen der Leitung der Not ein Ende gemacht werden. Durch den Einfluß des Wassers dürften sich verschiedene Reparaturen notwendig machen.

Querfurt. In Göhrendorf ist vor einigen Tagen bei dem Gutsbesitzer Zimmermann ein größerer Diebstahl ausgeführt worden, wobei Betten, Gänse, Hühner und Brot den Dieben in die Hände gefallen sind. Als mutmaßliche Thäter sind jetzt ermittelt worden ein früher bei Zimmermann bedienstet gewesener Knecht Namens Römer und dessen zukünftiger Schwager, der Arbeiter Niemann. Die Sachen sind bei R. in Schraplau ermittelt worden, und dürften sich infolge des Diebstahls außer den Thätern event. noch verschiedene Personen wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 14. Januar. Die 3. Strafkammer hiesigen Landgerichts beschäftigte sich u. a. mit folgenden Sachen. Der Geschäftsreisende Richard Günther aus Frankfurt a. M., 25 Jahre alt, vorbestraft wegen Unterschlagung mit 14 Tagen und 6 Monaten und wegen Diebstahls mit 1½ Jahren Gefängnis, hatte sich wegen Unterschlagung in idealer Konkurrenz mit Untreue zu verantworten. Derselbe wurde beschuldigt, als Reisender der Firma Theodor Kaufmann in Köln, Jalousie- und Rollladenfabrik, hier im Oktober v. J. als Beauftragter jener Firma zum Nachteil seines Prinzipals über Vermögensstücke verfügt zu haben. So zog er als Vertreter bei Herrn v. Kloch 500 M. und beim Bäckermeister Friedrich 67 M. für gelieferte Waren ein, dampfte mit dem Gelde nach München und verbrachte es dort in seinem Interesse bis auf etwa 16 M., die ihm bei seiner Verhaftung abgenommen wurden. Zur Zweimpfangnahme des Geldes bei v. Kloch war Angeklagter berechtigt. Ersterer gab dem Angeklagten einen Wechsel auf 500 M. lautend, den dieser beim Fabrikbesitzer Herbst, Schwiegervater des Herrn v. Kloch, einlöste. Das Geld lieferte Angeklagter aber nicht ab, sondern schrieb an seine Firma, Herr v. Kloch sei faul im Bezahlen, da sei nichts zu bekommen. Kaufmann schrieb darauf an v. Kloch, wodurch der Schwindel entdeckt wurde. Der Angeklagte will jene Unterschlagungen aus Geldmangel begangen haben, da er angeblich nicht genug Reisespesen gehabt. Dieses wurde aber widerlegt; auch hatte er erst kurz vor Begehen der Strafthaten seine Spesen erhalten. Die Staatsanwaltschaft beantragte 1 Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten zweier Unterschlagungen, in einem Falle in idealer Konkurrenz mit Untreue, für überführt und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Eine Gefängniszuchtstrafe von 6 Monaten erhielt der Handarbeiter Julius Heinicke aus Giebichenstein, 49 Jahre alt. Derselbe, mehrfach vorbestraft wegen Diebstahls u. a. auch mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und wegen Meineids mit 2 Jahren Zuchthaus, wurde des Diebstahls im wiederholten Rückfalle für überführt erachtet, da er dem Fabrikbesitzer Nagel in Trotha 1 Zentner Eisenrohre entwendet hatte. Angeklagter ist beim Fortschaffen des Rohres von einem Gendarm ertappt worden, wobei er angegeben hatte, selbiges bei einem Schmiedemeister gekauft zu haben. Dies erwies sich aber als unwahr. Heute behauptete er nun, jenes Rohr beim Grabenausheben gefunden zu haben, welche Angabe sich ebenfalls als unrichtig herausstellte, da das Rohr noch nicht im Erdboden gelegen hatte. Dem Angeklagten wurde, weil er schon mehrere solcher Diebstähle ausgeführt, nicht geglaubt und auf erwähnte Zusatzstrafe erkannt. — Die verehel. Produktenhändler Ida Straube geb. Kleinau v n hier, geb. zu Bruckdorf, 55 Jahre alt, vorbestraft wegen Hehlerei mit 4 Tagen und 1 Monat Gefängnis, wurde wegen Hehlerei im wiederholten Rückfalle zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagte hatte eine Kette im Werte von 5—6 M., die mittelst strafbarer Handlung erlangt war, von einem 11jährigen Schulknaben für 40 Pf. gekauft — Vollendeter schwerer Diebstahl in 3 Fällen und versuchter schwerer Diebstahl wurden dem Arbeiter August Franz, 22 Jahre alt, und dem Steinsetzerlehrling Otto Schumann, 16 Jahre alt, beide von hier, zur Last gelegt. Franz wurde beschuldigt, im Oktober und November v. J. dem Schlossermeister Hirsch mehrere Schlüssel, Dietriche u. s. w., dem Schmied Lüder mehrere Bratwürste, einige Stücke Butter, 5 Pfund Pökelfleischen, einen Schinken und 75—80 Stück Zigarren, und dem Kaufmann Prüfer hier 3 Pfund Schokolade und ein Körbchen mit 40 bis 50 M. Inhalt entwendet zu haben. Bei diesen Diebstählen, die mittelst Einsteigen und Erbrechen von Behältnissen zur Nachtzeit ausgeführt waren, sollte Schumann dem Franz behilflich gewesen sein, ebenso bei dem bei einem hiesigen Magistratsbeamten versuchten schweren Diebstahl. Beide Angeklagte bestritten die Strafthaten, jedoch wurde Franz für überführt erachtet, da noch mehrere entwendete Gegenstände, ein Dietrich, eine Bratwurst und ein Quantum Zigarren bei einer Haussuchung bei ihm vorgefunden worden sind. Diese Sachen will Angeklagter gekauft haben, was aber widerlegt wurde. Schumann konnte durch die Beweisaufnahme nicht überführt werden, weshalb gegen ihn die Staatsanwaltschaft Freisprechung beantragte. Gegen Franz, der wegen Diebstahls bereits zweimal vorbestraft war, wurden 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt. Der Gerichtshof erkannte gegen beide Angeklagte den Anträgen gemäß. — Die schon einmal verhandelte Sache des Gutsbesitzers Hermann Keck aus Schkopau, 53 Jahre alte, worüber wir seinerzeit berichtet haben, fand heute mit der Freisprechung des Angeklagten ihre Erledigung. Es handelte sich um Milchpanscherei, die Keck wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 und ferner wegen Betrugs auf die Anklagebank gebracht hatte K. wurde beschuldigt, im Juli v. J. Nahrungsmittel (nämlich Milch) wissentlich verfälscht und unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft, außerdem aber in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen des hiesigen Milchhändlers Uhlemann dadurch geschädigt zu haben, daß er durch Vorspiegelung falscher und Unterdrückung wahrer Thatsachen anläßlich des Milchverkaufs bei Uhlemann Irrtum erregte. Uhlemanns Milch wurde nämlich am 5. Juli v. J., als sie hier in Halle zum Verkauf gelangen sollte, polizeilich untersucht und dabei festgestellt, daß eine Verdünnung durch Wasser stattgefunden. Als U. andern Tags wiederum zum Abholen der Milch nach Schkopau kam, machte er der Frau Keck Vorhaltungen über die gewässerte Milch. Bei einer zweiten Untersuchung der Milch am 8 Juli war selbige bedeutend besser, also nur ganz wenig gefälscht befunden worden. Daß Uhlemann die Milch nicht gefälscht hatte, war beim Vorverfahren gleich festgestellt und wurde auch heute von 2 Zeugen eidlich bekundet. Es mußte demnach die Vermischung in der Behausung des Angeklagten vorgenommen sein. Der Angeklagte gab als möglich zu, daß eine Verwässerung der Milch stattgefunden, selbige sei aber ohne sein Wissen geschehen, nämlich durch seine Dienstmädchen, was er erst nachträglich erfahren habe. Die Mädchen hatten Wasser zugegossen, um den durch Umschütten eines Kübels Milch entstandenen Verlust heimlich zu ersetzen. Die Milchwirtschaft zu beaufsichtigen, habe er seiner Frau und Tochter übertragen. Die Beweisaufnahme fiel zu gunsten des Angeklagten aus. Die Frau und Tochter des Angeklagten, uneidlich vernommen, bekundeten, daß keine Fälschung stattgefunden. Dasselbe wurde auch von dem Dienstmädchen Keks beschworen. Nach Dr Teucherts Gutachten ist die Milch am 5 Juli mit mindestens 25 Proz. Wasser verdünnt gewesen. Nach Lage der Sache erachtete die Staatsanwaltschaft nur fahrlässiges Verschulden des Angeklagten für erwiesen und beantragte 50 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Haft. Der Gerichtshof kam aber zu einer Freisprechung, da wissentliche wie auch fahrlässige Fälschung nicht für erwiesen erachtet wurde

Halle, 16. Januar. In der heutigen Sitzung der 3. Strafkammer sollte sich der Redakteur unseres Blattes, Genosse Ilge, wieder einmal verantworten, und zwar wegen Beleidigung des Staatsministers v. Stephan. Es handelte sich um einen in Nr. 240 des „Volksblatt" vom 13. Oktober v. J. unter der Spitzmarke „Das Allerneuste aus dem Reiche des Herrn Stephan" veröffentlichten Artikel, wodurch sich der Herr Minister beleidigt gefühlt hatte. Dieser inkriminierte Artikel

Jeden Freitag Verkauf von Resten und Roben knappen Masses weit unter Herstellungspreis. J. Lewin
Feste, anerkannt niedrigste Preise. Halle, Saale, Marktplatz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930118-16/fragment/page=0003

ist mit Quellenangabe aus dem „Vorwärts" abgedruckt, und nahm seinerzeit nicht nur unsere Parteipresse, sondern auch die bürgerliche Presse davon Notiz, ob aber gegen die letztere Presse vorgegangen ist, haben wir noch nicht in Erfahrung gebracht. Die betreffende Nummer des „Volksblatt" ist seinerzeit konfiszirt worden. Vor Eintritt in die Verhandlung stellte die Verteidigung, Herr Rechtsanwalt Herzfeld, einen Vertagungsantrag, um dem Angeklagten zu ermöglichen, für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Die Anklage sei erst Anfang Dezember zugestellt und jetzt ziemlich beschleunigt worden, wodurch es dem Angeklagten an Zeit gemangelt habe, seine Maßregeln zu treffen. Die Staatsanwaltschaft wendete sich gegen den Vertagungsantrag mit dem Bemerken, daß Angeklagter lange genug Zeit gehabt, seine Vorbereitungen zum Termine zu treffen. Einer Presse, die sich darauf einläßt, gegen die Obrigkeit zu hetzen, dürfe nicht allzu lange Zeit gelassen werden. Der Gerichtshof beschloß die Vertagung des Termins. Vor Statistenden des nächsten Termins sollen der Oberpostrat Griesbach und der Oberpostdirektor Kühl mit Einwilligung der vorgesetzten Dienstbehörde kommissarisch vernommen werden.

Jener durch das „Volksblatt" seinerzeit berichtete nächtliche Vorgang vom 28./29. Juli v. J. in der Wallstraße, wobei dem Klempner Hermann Schade das rechte Auge durch einen Schlag ziemlich erheblich verletzt wurde, hatte heute noch ein gerichtliches Nachspiel für den Blechschmied August Gellert von hier, 27 Jahr alt, wegen Körperverletzung mittelst gefährlichen Werkzeugs und mittelst hinterlistigen Ueberfalls. Der Angeklagte wie auch der Verletzte waren am fraglichen Abend in „Plorins Restaurant" in der Wallstraße, wo Gellert zum 2. Vorsitzenden des Gesangvereins „Frohsinn" gewählt wurde. Als die Wahl Gellerts dem Klempner Schade, der nicht Mitglied des Vereins ist und mit mehreren Personen Billard spielte, von einem Mitgliede des Vereins „Frohsinn" mitgeteilt wurde, sollte er, Sch. geäußert haben: „Na einen Besseren hättet Ihr garnicht finden können." Diese Aeußerung war dem Angeklagten wieder zu Ohren gekommen, der sich darüber beleidigt gefühlt und den Schade zur Rede gesetzt hatte. Die Gereiztheit des Angeklagten wurde dadurch noch erhöht, daß ihm mitgeteilt, wie auch heute von einigen Zeugen bekundet wurde, daß Schade nicht nur gesagt: „Keinen Besseren u. s. w.", sondern: „Keinen freieren Patron hättet Ihr garnicht finden können." Als Gellert den Schade über die Aeußerungen zur Rede setzte und ihn aufforderte, die Beleidigung wieder zurück zu nehmen, erklärte Schade, jene Aeußerungen nur in Beziehung auf des Angeklagten unmoralischen Lebenswandel gethan zu haben. Von frecher Patron habe er nichts gesagt und wenn er, der Angeklagte, etwas wolle, so solle er ihn, Schade, verklagen. Hierauf entfand draußen vor dem Lokal nochmals ein Wortwechsel zwischen den beiden, der aber durch einen hinzugekommenen Wächter geschlichtet wurde. Schade ging dann auch seines Weges, wurde aber von dem Angeklagten an der Ulrichstraße eingeholt und von selbigem mit einem Spazierstocke geschlagen, wobei die Krücke in das rechte Auge traf und der Stock in zwei Stücke zersprang, während Schade mit blutendem Auge zurückstaumelte. Einige umstehende Personen kamen dem Verletzten sofort zu Hilfe und brachten ihn nach Anlegung eines Notverbandes nach der Klinik. Herr Dr. Braunschweig, Augenarzt von der Klinik, der den Verletzten in Behandlung gehabt, bekundete, daß die Regenbogenhaut des Auges eingerissen und eine Trübung der Linse eingetreten war. Das Sehvermögen auf dem verletzten Auge sei bis auf ein Zehntel, also um 90 Proz., verringert worden, auch sei die Verletzung ziemlich erheblich gewesen, aber nicht mit sehr großer Gewalt hervorgerufen worden. Der Angeklagte giebt die That zu, bestreitet aber den hinterlistigen Ueberfall und behauptet von Schade gereizt gewesen zu sein. Er meint, daß wenn Schade an jenem Abend die Beleidigungen zurückgenommen hätte, nichts passiert, und der Vorgang im Guten geschlichtet worden wäre. Die Staatsanwaltschaft erachtete nach der stattgehabten Beweisaufnahme nur vorsätzliche, mittelst gefährlichen Werkzeuges, nicht aber mittelst hinterlistigen Ueberfalles verübte Körperverletzung für erwiesen und beantragte 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und erkannte in Erwägung der Erheblichkeit der Verletzung dem Strafantrag gemäß.

Gewerbegericht vom 16. Januar. Wie unter Umständen auch ein auf gegenseitigem Zuvorkommen beruhendes Arbeitsverhältnis in die Brüche gehen kann, darüber konnte man eine Abnung bekommen in der heute zur Verhandlung stehenden Klagesache der Näherin Frl. Fricke wider Hutfabrikant Nicolai. Die Klägerin war beim Beklagten mit einem Wochenlohn von 8 M. beschäftigt und verlangte wegen kündigungsloser Entlassung 16 M. Nach dem heutigen Aufreden des Beklagten der Klägerin gegenüber, könnte es nahezu bezweifelt werden, daß der Beklagte, wie die Klägerin behauptet, zu ihr gesagt hat: „Meinetwegen scheren Sie sich zum T....." Die klägerischen Parteien betonerten im Termin nach Möglichkeit ihre Friedfertigkeit und einigten sich schließlich dahin, daß der Beklagte der Klägerin 8 M. „schenkte" und diese ihr Klage zurückzog. — Die Klage des Maurer Haak, der in Gemeinschaft mit drei Arbeitskameraden gegen Maurermeister Carl wegen 50.80 M. Lohnzahlung klagbar geworden war, wurde vertagt, um einen Sachverständigen darüber zu vernehmen, ob nach den allgemeinen Gepflogenheiten die Kläger zu den seitens des Beklagten von ihnen noch geforderten resp. ihnen in Abzug gebrachten Arbeiten verpflichtet waren. Neuer Termin wurde auf Donnerstag den 26. Januar anberaumt. — In der Sache des Bierbrauer Thaler wider die Hallesche Aktienbierbrauerei mußte ebenfalls Vertagung eintreten. Kläger verlangte wegen kündigungsloser Entlassung 50 M., wogegen seitens des Direktors der Beklagten geltend gemacht wurde, daß Kläger eine Arbeitsordnung unterschrieben habe, in welcher die Kündigung ausgeschlossen sei. Der Wortlaut der vorgelegten Arbeitsordnung ließ in dieser Beziehung allerdings Zweifel aufkommen, während auch der Kläger sich darüber nicht klar zu sein schien. Zur Entscheidung der Sache wurde neuer Termin auf nächsten Donnerstag anberaumt. — Wie schon des öfteren, so auch heute, wurde gegen den Bildhauer Schellenberg durch Versäumnisurteil entschieden. Kläger war der Holzbildhauer Meinhardt, dem die geforderten 36.48 M. an rückständigem Lohn zugesprochen wurden. — Die Klage des Arbeiters Schauer wider Holzhändler Fischer erfuhr eine schnelle Erledigung, indem der Beklagte dem Kläger das betreffende Geld schon zugeschickt hatte und dieser infolgedessen seine Klage zurücknehmen konnte. — Wider Färbereibesitzer Mauersberger hatte Frau Roock wegen kündigungsloser Entlassung Klage erhoben auf Zahlung von 16 M. Beklagter wollte seine Handlungsweise mit der jedenfalls sehr beweisschwachen Argumentation rechtfertigen, daß die Klägerin nicht dauernd bei ihm beschäftigt worden sei. Klägerin stellte dies entschieden in Abrede und kam dann ein Vergleich zu stande, nach welchem der Beklagte 5 M. zahlt. — Die Sache des Zimmermann Gülzner wider Kaufmann Plaut, bei welchem der Sohn des Klägers als Laufbursche beschäftigt war und ohne Kündigung entlassen wurde, kommt am nächsten Donnerstag aufs neue zur Verhandlung.

Auf und Fern.

Berlin. Wegen thätlicher Beleidigung eines Patienten hatte sich heute der praktische Arzt Dr. Memelsdorf vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Zu dem Angeklagten war ein junges Mädchen in Begleitung ihrer verheirateten Schwester gekommen, um sich eines Magenleidens wegen untersuchen zu lassen. Während der Untersuchung, bei welcher die Schwester der Patientin in dem Vorzimmer der Angeklagten zurückblieb, soll sich der letztere vergessen und das junge Mädchen in beleidigender unzüchtiger Weise berührt haben. Der Angeklagte bestritt zwar energisch, sich in der angedeuteten Weise vergangen zu haben und suchte die moralische Intaktheit der betreffenden Patientin in Zweifel zu ziehen. Aus der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Beweiserhebung kam aber dem Gerichtshofe die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Der Gerichtshof hat, wie der Vorsitzende verkündete, lange erwogen, ob eine Freiheitsstrafe nicht für den Angeklagten doppelt fühlbar werden müßte; bei einem solchen Attentat auf die Frauenehre, die dem Angeklagten als Arzt ganz besonders anvertraut gewesen, hat der Gerichtshof jedoch eine Gefängnisstrafe nicht für angebracht erachtet, sondern auf drei Monate Gefängnis erkannt.

Briefkasten der Redaktion.

M. K. Zum „Kapitel der Frauenfrage", I und II, erhalten. Gruß! R. J.

Quittung

Vom Gesang-Verein „**Vorwärts**" für die streikenden Bergleute 10 M. und für Parteizwecke 15 M., vom **Dirigenten** des „Vorwärts" für Parteizwecke 3 M., von einem „**Spitzel-Spiel**" 1 M. erhalten

Der Vertrauensmann: Jähnig.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 16. Januar.

Aufgeboten: Der Schlosser Berthold Haake und Bertha Naumann (Wörmlitzerstraße 94). Der Kaufmann Ernst Fischer und Margarethe Gose (Moritzwinger 7 und Geiststraße 30). Der Feuerwehrmann Karl Osterhagen und Wilhelmine Schrecker (Halle und Niedergebra). Der Wagenführer Albert Kiel und Minna Teichmann (Giebichenstein und Rohndorf).

Eheschließung: Der Schneider Wilhelm Richter und Friederike Robert (Hallgasse 7 und Wettin).

Geboren: Dem Stellmacher Ernst Reimann ein S., Ernst Karl (Dryandertraße 21). Dem Kaufmann Otto Ebers ein S., Rudolf Eduard (Liebenauerstraße 3/4). Dem Zigarrenmacher Wilhelm Lämbert eine T., Anna Marie Klara (Rennischestraße 5). Dem Handarbeiter Friedrich Wolf ein S., Karl Otto (Schweitschestraße 14). Dem Maler Hermann Wohlgemuth eine T., Bally Anna (Schweitschestraße 16). Dem Kesselschmied Otto Schwartz eine T., Anna Friedo (Pfännerhöhe 44). Dem Mechaniker Richard Fetter eine T. (Pfännerhöhe 27). Dem Kesselschmied Karl Berger ein S., Willy Kurt (Wörmlitzerstraße 98). Dem Brauer Joseph Höflich eine T., Hildegard Irma Veronica (Thorstraße 36). Dem Kaufmann Adelbert Pönick Zwill. T., Hanna und Margarethe (Schweitschestraße 1). Dem pen. Weichensteller August Klepzig ein S., Friedrich Wilhelm Walth. (Tholuckstraße 4). Dem Schauspieler August Kleinschmidt eine T., Hanna Charlotte Elise (Geiststraße 42). Dem Handarbeiter Franz Rade ein S., Ernst Paul (Saalberg 7). 2 unehel. T. 2 unehel. S.

Gestorben: Der Telegraphenlehrer Konrad Duval Ehefrau Dorothee geb. Sick, 67 J. (Südstraße 5). Des Fabrikarbeiter Hermann Schauer T. Minna, 11 J. (Königstraße 22). Der Privatmann Gottlieb Fricke, 77 J. (Franckestraße 17). Des Schneidermeister Hermann Holzweißig S. Hermann, 2 J. (gr. Ulrichstraße 3). Des Gastwirt Paul Müller S. Kurt, 1 J. (Forsterstraße 37). Des Kaufmann Samuel Goldstein L. Hedwig, 2 Mon. (gr. Ulrichstraße 26). Der Sattlermeister Hugo Langrock, 53 J. (gr. Sandberg 18). Des Handarbeiter Albert Kunitz T. Hedwig, 2 J. (Schillerstraße 44). Die Witwe Mathilde Ulrich geb. Maisel, 40 J. (Weingärten 35). Der Amtsgerichtskalkulator Eduard Doennart, 35 J. (Friedrichsplatz 6). Die Witwe Amalie Müller geb. Heinrich, 29 J. (Klinik). Des Arbeiter Leopold Swirca S. Wilhelm, 3 Mon. (Oberstraße 7). Des Mechaniker Richard Fetter T., 3 Std. (Pfännerhöhe 42). Die Witwe Ida Geilert geb. Max, 56 J. (Spiegelgasse 2). Des Schmied Eduard Semm S. Arnold, 13 J. (Merseburgerstraße 147). Des Bankschlosser Christian Wehner Ehefrau Ida geb. Moy, 40 J. (Anhalterstraße 19). Die Witwe Auguste Schumann geb. Hammer, 71 J. (Laurentiusstraße 17). Des Kaufmann Hermann Krüger S. Hermann, 9 Mon. (Raffineriestraße 4). Des Schriftsetzer Hermann Mandel S. Arthur, 4 Mon. (Jägerplatz 22). Des Former Emil Gurland S. Eduard, 3 T. (Klinik). Der Schneider August Künne, 20 J. (Klinik). Die Witwe Bertha Henze geb. Zwarg, 74 J. (Siechenhaus). Des verstorbenen Steinhauer Albert Müller S. Otto Albert, 25 Tg. (Breitestraße 18).

Giebichenstein, vom 11. bis 13. Jan. 1893.

Aufgeboten: Der Arzt Dr. med. M. Leutert und E. Roland (Gießen und Halle).

Geboren: Dem Zimmermann O. Hermann eine T. (H. Brunnenstraße 2). Dem Zimmermann J. Klemmt ein S. (gr. Brunnenstraße 46). Dem Gelbgießer F. W. Hutans ein S. (gr. Brunnenstraße 71.) Dem Maurer B. Ritter ein S. (Reilstraße 109). Dem Handarbeiter W. Gnirß ein S. (gr. Gosenstr. 4). Dem Glaser B. Mißelwitz ein S. (Adolphstraße 4). Dem Kuhhirten A. Bettzüge eine T. (Trothaschestraße 23). Eine unehel. T. (Hohestraße 7). Ein unehel. S. (Leopoldstraße 33).

Gestorben: Der Handarbeiter H. Schulz, 68 J. 1 T. (kl. Breitestraße 2). Des Fleischer H. Selig T., 1 J. 8 M. 5 T. (gr. Brunnenstraße 29). Des Bremser H. Bartels S., 8 M. 8 T. (Reilstraße 24). Des Maurer J. Hottenrott S., 10 M. 18 T. (Eichendorffstraße 6). Des Schlossermeister F. Schmidt totgeb. T. (kl. Brunnenstraße 1).

Für die Redaktion verantwortlich:
für den politischen Teil, Feuilleton u. s. w. **Richard Ilge** in Halle
für den lokalen Teil: **Karl Krüger** in Halle.

Achtung! Achtung!

Verein der Maurerarbeitsleute und verw. Berufsgenossen von Halle und Umgegend.

Mittwoch den 18. Januar abends 8 Uhr im Saale der Moritzburg

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1892. 2. Revisorenwahl. 3. Abrechnung vom Wintervergnügen. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Mitglieder pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Verein Kornblume.

Mittwoch den 18. Januar abends 8 Uhr im Gasthaus zu den drei Königen

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Es wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Butter u. Fettwaren

empfiehlt **F. H. Krause**

grosse Ulrichstrasse 24.

Kaffees

vorzüglich im Geschmack zum Preise von 1.50, 1.60, 1.80, 1.90 u. 2 ℳ p Pfd., **Malzkaffee (gebrannter Weizen)** per Pfd. 25 ₰, **gebranntes Korn** per Pfd. 20 ₰ empfiehlt

W. Dudenbostel, Laurentius- und Breitestraßen-Ecke.

Musiklehrlings-Gesuch.

Junge Leute, welche auf dem Gebiete der Musik nach jeder Richtung hin eine gründliche Ausbildung erzielen wollen, finden in meinem Musikkorps freundliche Aufnahme. Lehrbedingungen günstig.

Meldungen werden von mir zu jeder Zeit entgegen genommen.

Chr. Stutzer, Musikmeister,
Magdeburg-Alte Neustadt, Weinbergstraße 9.

Lehrling gesucht a ter Markt 20, **C. Eulenstein,** Bäckermeister.

Klaviermusik event. mit Geige w. angenommen. **H. Kersten,** Riemegerstr. 12.

Massage.

Schwedische Heilgymnastik, unterstützt d. **lokale Dampfbäder und kalte Abreibungen,** wird vorzüglich ausgeführt von

Schmidt u. Frau, Leipzigerstr. 34

Sprechzg. f. Herren v. 10—12, f. Damen v. 1—3.

Sämtliche Parteischriften

empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Wohnungen zu vermieten
Giebichenstein, gr. Brunnenstr. 58.

Wohnung, St., K., für 34 Thlr. zu vermieten Giebichenstein, Brunnenstr. 59.

Anständige Schlafstelle offen
Thomasiusstraße 17, II links.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Dienstag den 17 Januar
121. Vorst. — 96. Ab.-Vorst. Farbe **gelb.**
Anfang 7¼ Uhr — Ende 10½ Uhr.

Faust.

Tragödie in 5 Akten von Goethe.

Mittwoch den 18. Januar
122. Vorst. — 97. Ab.-Vorst. Farbe **weiß.**
Anfang 7¼ Uhr. — Ende 10½ Uhr.

Die Puppenfee.

Pantomimisches Ballet-Divertissement in 1 Akt von J. Haßreiter und F. Gaul. Musik von Joseph Bayer.

Hierauf:

Undine.

Romant. Zauberoper in 4 Akten v. Lortzing

Personen:

Bertalda, Tochter des Herzogs Heinrich . . . . . E. Reinhardt.
Ritter Hugo von Ringstetten Friedr. Calisa.
Kühleborn, ein mächtiger Wasserfürst . . . . . H. Bachmann.
Tobias, ein alter Fischer . Peter Weiß.
Martha, sein Weib . . . Martha Rothe.
Undine, ihre Pflegetochter . Elsa Breuer.
Pater Heilmann, Ordensgeistl. aus d. Kloster Maria Gruß Hans Keller.
Veit, Hugos Schildknappe . Wilh. Wirk.
Hans, Kellermeister . . . Johann Kaula.
Ein Ritter . . . . . C. Markgraf.
Edle des Reiches. Ritter und Frauen. Herolde. Pagen. Jagdgefolge. Knappen. Fischer. Fischerinnen. Landleute. Gespenstische Erscheinungen. Wassergeister.

Der 1. Akt spielt in einem Fischerdorfe, der 2. in der Reichsstadt im herzoglichen Schloß, der 3. und 4. Akt in der Nähe auf der Burg Ringstetten.

Einlage: Im 3 Akte: „Das Lied von der Flasche" von Pabst, gesungen von Johann Kaula.

Donnerstag den 19. Januar.
123. Vorst. — 98. Ab.-Vorst. — Farbe **rot.**

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.

Toiletteseife à Pfd. 50 ₰ **Georg Zeising.**

Stearinlichte à Pack 45 ₰ **Georg Zeising.**

Frdl. Wohnung mit oder ohne Werkstatt zu vermieten Kröllwitz, Ludwigstr. 1a.

2 Wohn. zu 55 u. 53 Thlr., St., K., K. mit Zubh. 1. April z. bez. Ludwigstr. 26 i. 2.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Neuer Spielplan!

Die Ballet-Gesellschaft „Excelsior" (acht Damen). — Mr. **Famera Rigoli,** Equilibrist auf der arabischen Pyramide. — Das **Dorina-Trio,** Bravour-Gymnastiker an den römischen Ringen. — **Brothers Matthes** mit ihren chinesischen Knabenspielen. — Miß **Selma,** Equilibristin auf dem schlaffen Drahtseil. — Die **Hugoston-Truppe,** Bravourvarterre-Akrobaten. — Frl. **Wilhelma,** Kostüm-Soubrette. — Herr **Karl Ewald Schlosser,** Gesangs- und Tanz-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater

Geiststraße.

Dienstag

Der Wilderer.

Im Restaurant großes Frei-Konzert

der neu eingetroffenen **ungarischen Elite-Kapelle.**

Edelings Restaurant

Zwingerstrasse 26.

Mittwoch abend

großer Familienabend

mit Pfannkuchenschmaus.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum hält seine reichhaltige Auswahl **neuer seiner**

Herren- und Damen-Masken-Kostüme

bei solider Preisstellung bestens empfohlen

R. Gottschalcks

Masken- und Theat.-Garderoben-Verleih Institut

kleine Ulrichstrasse 25.

1 Zughund zu verkaufen Schülerstr. 26 Hof part. rechts.

Fuchs & Grünbaum

Magazin für Haus- und Küchengeräte, gr. Ulrichstr. 27.

Alleinige Verkaufsstelle der

Amberger Emaille-Kochgeschirre

von **Gebr. Baumann.**

Beste Qualität.

Größte Haltbarkeit und chem. Reinheit garantiert.

Auf jedem Stück ist obige Schutzmarke eingebrannt.

Wohn. für 34 Thlr. Giebichenstein, Hohestr 17.

Wohnungen sofort und 1. April zu bez. Brunnengasse 2.

Eine frdl. Stube billig zu vermieten Thorstraße 20, 1 Tr.

Freundliche Stube wird abvermietet, auf Wunsch auch möbliert, Grosweg 15, 3 Tr. l.

Möblierte Stube als Schlafstelle Thomasiusstraße 36, 3 Tr. l.

Möbliertes Zimmer als Schlafstelle zu verw. Augustastr. 1, hochpart., vornh.

Unserm Freund und Kollegen **Jacob Blum** zu seinem am 18 Januar stattfindenden 26. Geburtstag ein **dreimal donnerndes Hoch.** Es ist nicht wegens Täschchen, sondern wegens Fäßchen.

Mehrere Freunde.
H. L. W. F. A. B.

Vollständige Geschäfts-Auflösung

der seit langen Jahren bestehenden

Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik

Adolph Koslowksi, Halle a. S. 10 Kleinschmieden 10.

Verkauf nur an Wochentagen vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.

Mein seit 10 Jahren bekanntes Renommee bürgt dafür, daß dem Publikum in diesem Falle

kein Reklame-Ausverkauf

geboten wird, ebenso ist es genügend bekannt, daß ich nur **reelle gediegene Mäntel** führe und diese verkaufe ich zu

ganz enorm billigen, festen Preisen.

Der Ausverkauf endet — wenn nicht früher — spätestens am 31. März 1893, da mein Geschäftslokal alsdann von Herrn Kürschnermeister **Jakob,** jetzt Markt 18, bezogen wird.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß, Halle. — Druck der Hallenschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218930118-16/fragment/page=0004